

## KRIEGSAUSBRUCH 1914

Die Konkurrenz der europäischen Großmächte führte im August 1914 zum Krieg. Die Sozialdemokraten riefen kurz vor Kriegsausbruch 1914 überall zu Friedensdemonstrationen auf, so am 27. Juli auch in Bayern.

Nach Kriegsbeginn stimmte die SPD-Fraktion im deutschen Reichstag für die Kriegskredite. Sie begründete dies damit, dass die Grenzen Deutschlands von Feinden bedroht seien. Diese Haltung führte im März 1916 zur Spaltung der Fraktion.



Propagandapostkarte Kronprinz Rupprechts

## NOT UND PROTEST

Die Bevölkerung konnte im Krieg nicht mehr ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden. Schlangen vor den leeren Geschäften gehörten zum Alltag. Für die Lebensmittelkarten gab es immer weniger zu kaufen. Besonders schlimm war die Not im Winter 1916/1917, der als »Dotschwinter« (»Kohlrübenwinter«) den Menschen in Erinnerung blieb. Bereits im 2. Kriegsjahr gab es in Bayern die ersten Krawalle wegen der schlechten Lebensmittelversorgung. Im Januar 1918 kam es zu großen Streiks in Berlin, die auf das ganze Reich übergrieffen – auch auf München und Nürnberg. Bei den bayerischen Geschützwerken in Freimann trat am 31. Januar 1000 Arbeiter in den Ausstand und marschierten nach München. Insgesamt streikten bis Anfang Februar etwa 10.000 Arbeiter, dann ebnete die Welle ab.

# KRIEG UND REVOLUTION

## SPALTUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Gegner der Kriegskredite (eine Minderheit von 20 Reichstagsabgeordneten) schlossen sich zur »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« zusammen, aus der 1917 die USPD hervorging, die »Unabhängige sozialdemokratische Partei«. Sie sah sich in der Tradition der starker revolutionär orientierten Arbeiterbewegung unter August Bebel und warf der Mehrheits-SPD vor, Verrat an ihren sozialistischen Idealen begangen zu haben. USPD-Mitglieder organisierten die Streiks 1918. Im Laufe dieses Jahres wuchs ihre Mitgliedschaft im Reich auf 120.000 an, 1920 waren es über 750.000. Die Hochburg der USPD in Bayern war Franken. In Hof und einigen anderen Orten ging der ganze SPD-Kreisverband geschlossen zur USPD über. Der Hofer Josef Simon war der einzige USPD-Abgeordnete im Bayerischen Landtag.



1920 trat ein Teil der USPD der KPD (Kommunistischen Partei Deutschlands) bei, während sich die andere Hälfte wieder der SPD annäherte.

Am 24. September kam es schließlich zur Wiedervereinigung beider sozialdemokratischer Parteien auf einem gemeinsamen Parteitag in Nürnberg.



Kurt Eisner  
1867–1919

Der gebürtige Berliner Kurt Eisner arbeitete nach seinem Studium als Journalist u.a. für die Frankfurter Zeitung. 1898 trat er der SPD bei und wurde Chefredakteur des SPD-Organs »Vorwärts«. Er wechselte nach Differenzen 1907 zur »Fränkischen Tagespost« nach Nürnberg und kam 1910 nach München, wo das Klima liberaler war als in Preußen. Eisner begründete als scharfer Gegner der Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg 1917 die USPD in Bayern mit und wurde deren Vorsitzender.

Als er im Januar 1918 den Munitionsarbeiterstreik in München organisierte, wurde er für neun Monate inhaftiert.

Nach dem Umsturz vom 8. November rief Kurt Eisner den Freistaat Bayern aus und wurde dessen erster Ministerpräsident. Auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung des Landtags wurde Eisner am 21. Februar 1919 in München von dem Offizier Anton Graf von Arco auf Valley erschossen.

## BAYERN WIRD FREISTAAT

Die SPD in München rief für den 7. November 1918 zu einer Kundgebung auf. Etwa 200 000 Teilnehmer schlossen sich dem Zug von der Theresienhöhe bis zum Friedensengel an. Ein zweiter Zug mit Kurt Eisner an der Spitze, dem Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, zog in die Kasernen. Mit Unterstützung der Soldaten gelang es, ohne Blutvergießen die Monarchie zu stürzen.

Es wurde ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat mit Kurt Eisner als Vorsitzendem gebildet. Am nächsten Morgen proklamierte Eisner Bayern zum »Freistaat«. Nachdem die MSPD beschlossen hatte, mit Eisner zusammenzuarbeiten, gründete sich am 8. November ein Provisorischer Nationalrat des Volksstaates Bayern. Der ersten Regierung gehörten vier Minister der SPD, zwei der USPD und zwei parteilose an.

### Minister der 1. Regierung Eisner:

- Kurt Eisner (USPD) – Ministerpräsident
- Erhard Auer (MSPD) – Innenminister
- Edgar Jaffe (parteil.) – Finanzminister
- Johannes Timm (MSPD) – Justizminister
- Hans Unterleitner (USPD) – Sozialminister
- Johannes Hoffmann (MSPD) – Kultusminister
- Albert Robbaupter (MSPD) – Militärminister
- Heinrich von Frauendorfer (parteil.) – Verkehrsminister



Kundgebung auf der Theresienhöhe